S 27 KR 198/14

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Berlin-Brandenburg

Sozialgericht Landessozialgericht Baden-Württemberg

Sachgebiet Krankenversicherung

Abteilung 1.
Kategorie Urteil
Bemerkung -

Rechtskraft -

Deskriptoren Bodylift-Operation - Entstellung

Leitsätze -

Normenkette SGB V § 27 Abs. !

1. Instanz

Aktenzeichen S 27 KR 198/14 Datum 18.11.2020

2. Instanz

Aktenzeichen L 1 KR 25/21 Datum 06.06.2024

3. Instanz

Datum -

Die Berufung wird zurĽckgewiesen.

Â

Au̸ergerichtliche Kosten sind auch für das Berufungsverfahren nicht zu erstatten.

Â

Die Revision wird nicht zugelassen.

Â

Â

Tatbestand

Â

Die bei der Beklagten gesetzlich krankenversicherte Kl \tilde{A} ¤gerin begehrt die \tilde{A} \square bernahme der Kosten f \tilde{A} 1 4r eine \hat{a} \square Bodyliftt \hat{a} \square -Operation zur Entfernung von Gewebe \tilde{A} 1 4bersch \tilde{A} 1 4ssen an Bauch, Brust und Oberschenkelinnenseiten.

Â

Nach einem Arbeitsunfall hatte die KlĤgerin stark zugenommen. Nach einer Magenbypass-Operation im Februar 2012 reduzierte sich dann ihr KĶrpergewicht von 134 kg wieder auf rund 90 kg.

Mit Antrag bei der Beklagten am 27. MĤrz 2014 eingegangenem Antrag begehrte sie unter BeifĽgung eines Befundberichtes der S-Klinik B vom 17. MĤrz 2014 einen Bodylift (KĶrperstraffung) sowie eine Brust- und Oberschenkelstraffung. Dem Antrag war auch ein Attest der behandelnden HautĤrztin G vom 13. MĤrz 2014 beigefügt, wonach die KlĤgerin an rezidivierenden Entzündungen unter den BrÃ⅓sten und den Bauchfalten leide. Aktuell bestehe ein diskretes Erythem (Rötung) in allen intertrigoarealen Abdomen und submammär.

Â

Mit Schreiben vom 27. März 2014 teilte die Beklagte der Klägerin daraufhin zunächst mit, eine Stellungnahme des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung (MDK) einzuholen. Die Dipl.-Med. L des MDK gelangte in ihrem sozialmedizinischen Gutachten nach Aktenlage vom 10. April 2014 zu dem Ergebnis, dass die Hautù¼berschù¼sse an Brù¼sten, Bauch, GesäÃ□ und Oberschenkel die Klägerin nachvollziehbar aus ästhetischen Grù¼nden störten. Sie könnten jedoch mit alltagsù¼blicher Kleidung ausreichend kaschiert werden. Die ptotischen Brù¼ste stellten keine krankheitswertige Makromastie dar. Das physiologische Bindegewebspolster am GesäÃ□ sei nicht disloziert und die Sitzbeine gut bedeckt. Nachweise fù¼r therapiefraktäre intertriginöse Infektionen trotz intensiver regelmäÃ□iger dermatologische Behandlung bestù₄nden nicht.

Â

Unter Bezugnahme hierauf lehnte die Beklagte den Antrag auf Kosten \tilde{A}^{1}_{4} bernahme f \tilde{A}^{1}_{4} r ein Bodylift, Brust- und Oberschenkel mit Bescheid vom 15. April 2014 ab. Den Widerspruch hiergegen wies sie mit Widerspruchsbescheid vom 21. Juli 2014 zur \tilde{A}^{1}_{4} ck.

Â

Hiergegen hat die Klägerin am 20. August 2014 Klage beim Sozialgericht Frankfurt (Oder) (SG) erhoben.

Â

Neurologie D vom 30. Dezember 2014, der Internistin Dr. D vom 7. Januar 2015, und des Facharztes f \tilde{A}^{1}_{4} r Haut- und Geschlechtskrankheiten Dr. N vom 2. Juli 2018 eingeholt. Dipl.-Med. L hat f \tilde{A}^{1}_{4} r den MDK unter dem 20. Februar 2015 ein weiteres sozialmedizinisches Gutachten nach Aktenlage erstellt.

Â

Ergänzend zum auÃ□ergerichtlichen Vorbringen hat die Klägerin zur Klagebegründung ausgeführt, sie habe seit Dezember 2014 weitere 10 kg abgenommen. Das Ausbleiben der begehrten MaÃ□nahmen habe nach Auffassung des behandelnden Psychiaters Deine nachteilige anhaltende Verschlechterung ihrer Grundstimmung bewirkt, was zu einer anhaltenden Verschlechterung ihrer Depression fÃ⅓hren werde.

Â

Im Auftrag des SG hat die ChefĤrztin Dr. R nach Untersuchung der KlĤgerin am 23. Juli 2015 unter dem 6. Oktober 2015 ein SachverstĤndigengutachten erstattet. Danach leide die KlĤgerin unter einem Zustand nach Magenbypass-Operation bei Adipositas, einer rezidivierenden mittelschweren Depression mit emotional instabiler PersĶnlichkeits-StĶrung vom Borderline-Typ, essentieller Hypertonie und rezidivierenden entzĹ¼ndlichen VerĤnderungen der Hautfalten am Mons pubis und an den Oberschenkelinnenseiten. Der gesamte KĶrper sei mit einem Faltenwurf ù¼berzogen, der nicht mehr dem Leitbild eines gesunden Menschen entspreche. Dieser Faltenwurf, der Hautù¼berstand am Bauch, am GesäÃ□, an den Innenschenkeloberseiten und die schlaffen Brù¼ste seien behandlungsbedù¼rftig. Der massive Hautù¼berschuss fù¼hre zu funktionellen Beeinträchtigungen im Bereich des Gehens, der Intimpflege, der Miktion und der körperlichen Bewegung.

Â

Der MDK hat daraufhin unter dem 13. November 2015 durch den Gutachter G ein weiteres sozialmedizinisches Gutachten erstattet. Er widerspreche der SachverstĤndigen: Das Tragen geeigneter WĤsche, Hautpflege und das Trockenhalten der Haut reichten zur Pflege der Hautfalten aus. Es sei auch medizinisch nicht plausibel, dass die Hautýberschüsse am Bauch zu Miktionsproblemen führten. Gegebenenfalls sei dies durch eine urologische Vorstellung abzuklären. Zu diesem Gutachten hat ihrerseits die Sachverständige unter dem 8. Januar 2016 eine Stellungnahme abgegeben. Nach Untersuchung der Klägerin am 16. Februar 2016 hat der MDK durch Herrn G am 17. Februar 2016 nochmals ein sozialmedizinisches Gutachten erstattet. Hierzu hat die Sachverständige Dr. R unter dem 4. Juli 2016 eine zweite ergänzende Stellungnahme abgegeben, welche wiederum die Beklagte zur Einholung eines weiteren Gutachtens des MDK veranlasst hat (vom 27. Juli 2016). Eine weitere sozialmedizinische Stellungnahme datiert vom 27. August 2018.

Â

Mit Schreiben vom 11. September 2018 hat das SG die Klägerin darauf hingewiesen, das Gutachten der Sachverständigen für nicht verwertbar zu halten. Es hat den Urologen Dr. Z mit einer Begutachtung beauftragt. Dieser hat die Klägerin am 11. Juni 2019 untersucht und in seiner Stellungnahme vom selben Tag ausgeführt, konkrete Gesundheitsstörungen nicht feststellen zu können. Pathophysiologisch lasse sich eine Flowabschwächung und eine erhöhte Miktionsfrequenz durch geringen (Hautlappen-)Druck von auÃ□en nicht erklären. Zu einer endgültigen Abklärung einer gegebenenfalls neurogen bedingten Blasenentleerungsstörung könne eine Urodynamik durchgeführt werden. Der MDK hat daraufhin eine (sechste) Stellungnahme abgegeben (durch die Ã□rztin W am 16. August 2019).

Â

Die KlĤgerin hat ergĤnzend vorgebracht, mittlerweile habe sich als Folge der Gewichtsreduktion ein LipolymphĶdem Typ 3 gebildet. Die Durchfļhrung einer mit Bestrahlung verbundenen urodynamischen Untersuchung lehne sie ab. Sie hat ein Attest der Schlosspark Klinik vom 5. Juni 2020 und eine Ĥrztliche Bescheinigung der Dr. B vom 19. Juni 2020 eingereicht. Am 11. Juni 2020 hat die KlĤgerin bei der Beklagten die Ä□bernahme der Kosten fļr eine Lipektomie beantragt.

Â

Die Beklagte hat ein weiteres sozialmedizinisches Gutachten des MDK durch den Gutachter Dr. B vom 12. Oktober 2020 zur Frage einer Kostenübernahme für eine Lipektomie der Beine/Oberschenkel eingereicht.

Â

Mit Urteil vom 18. November 2020 hat das SG die Klage abgewiesen. Zur Begründung hat es unter anderem ausgeführt, ein Anspruch auf die Durchführung der begehrten Operation sei nicht gegeben, weil sich die überschüssigen Hautfalten nicht als Krankheit im Sinne des § 27 Abs. 1 S. 2 Nr. 5 Sozialgesetzbuch Fünftes Buch (SGB V) darstellten. Im Gegensatz zur Auffassung der Gutachterin Dr. R sei die operative Entfernung der Hautfalten nach einer bariatrischen Operation keinesfalls der zwingende zweite Schritt eines einheitlichen Operationsgeschehens. Die Hautstraffungsoperation sei bei der KIägerin auch nicht deshalb geboten, weil therapieresistente Hauterkrankungen aufgetreten seien. Es gebe auch keine urologischen, psychischen oder orthopädischen Beschwerden, auf welche die begehrte Operation gestützt werden könne. Bezüglich der von der Klägerin vorgetragenen Miktionsbeschwerden fehle es bereits an einem Nachweis, dass die KlĤgerin überhaupt an diesen leide. Die Behandler sähen keinen Behandlungsbedarf. Die vom Gericht veranlasste urologische Untersuchung sei unauffÄxllig geblieben. Der Urologe Dr. Z und der MDK schlĶssen einen Zusammenhang zwischen dem geringen Druck der Fettschürze und Miktionsbeschwerden aus. Ein solcher lasse sich auch nicht durch den von der Gutachterin Dr. R zu Grunde gelegten Ä∏berhang

der Fettschā¼rze über den Mons pubis erklã¤ren, weil die Bauchdecke kaum überstehe, wie die im Februar 2016 durchgeführte ambulante Untersuchung des MDK und die bei dieser Untersuchung angefertigten Fotoaufnahmen zeigten. Die von der Klã¤gerin vorgetragene Verschlechterung ihres psychischen Zustandes durch die pflegebedürftigen Hautfalten kã¶nne eine Operation ebenfalls nicht rechtfertigen. Nach der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts (BSG) rechtfertigten selbst schwerste psychische Beschwerden einen Eingriff in ein funktionell intaktes Organ, wie hier die Haut der Klã¤gerin, nicht. Die Klã¤gerin sei vielmehr auf die Inanspruchnahme psychiatrischer und psychotherapeutischer Behandlungen zu verweisen.

Es könne abschlieÃ□end auch nicht von einer behandlungsbedürftigen Entstellung ausgegangen werden. Die Klägerin habe nach dem Eindruck der Kammer im Verhandlungstermin im bekleideten Zustand keine Anomalitäten aufgewiesen, die direkt ins Auge stächen. Sie mache im Gegenteil einen durchaus anziehenden und jugendhaften Eindruck.

Ob ihr die Beklagte eine Liposuktion gewĤhren müsse, sei hier nicht zu entscheiden. Dazu müsse die Klägerin zunächst ein eigenständiges Antragsverfahren bei der Beklagten durchlaufen.

Â

Gegen diese am 2. Dezember 2020 zugestellte Entscheidung richtet sich die Berufung der Klägerin vom 4. Januar 2021 (Montag), zu deren Begrä¼ndung sie ergänzend ausfä¼hrt, das SG habe zu Unrecht nicht geprä¼ft, ob die begehrte Operation zur Verhä¼tung einer Verschlimmerung und / oder Linderung von kä¶rperlichen und seelischen Krankheitsbeschwerden erforderlich sei. Auch sei ein mä¶glicherweise bestehender Zusammenhang zwischen Gewichtsabnahme und Lymphä¶dem nicht geprä¼ft worden.

Â

Die KlĤgerbevollmĤchtigte beantragt,

Â

das Urteil des Sozialgerichts Frankfurt (Oder) vom 18. November 2020 sowie den Bescheid der Beklagten vom 15. April 2014 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 21. Juli 2014 aufzuheben und die Beklagte zu verurteilen, die Kosten f \tilde{A}^{1} /4r die beantragte operative K \tilde{A}^{1} rperstraffung an Br \tilde{A}^{1} /4sten, Bauch und Oberschenkeln zu \tilde{A}^{1} /4bernehmen.

Â

Â

Die Beklagte beantragt,

Â

die Berufung zurļckzuweisen.

Â

Sie hÃxlt die erstinstanzliche Entscheidung für zutreffend.

Â

Zwischenzeitlich ist beim SG ein weiterer Rechtsstreit anhängig gewesen, in dem die Klägerin einen Anspruch auf Kostenübernahme für eine Aspirationslipektomie unter Aufhebung des ablehnenden Bescheides der Beklagten vom 19. Oktober 2020 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 4. März 2021 verfolgt hat (Az. S 27 KR 96/21).

Â

Die Verwaltungsakte der Beklagten und die Gerichtsakte, auf die wegen der weiteren Einzelheiten Bezug genommen wird, haben vorgelegen und sind Gegenstand der mýndlichen Verhandlung gewesen.Â

Â

Â

Â

Entscheidungsgründe

Â

Der Berufung muss der Erfolg versagt bleiben.

Â

Die Klage ist zwar zul \tilde{A} xssig. Die Streitgegenst \tilde{A} xnde des hiesigen Rechtsstreits und des vor dem SG zum Az. S 27 KR 96/21 gef \tilde{A} 1/4 hrten Rechtsstreits haben sich nicht \tilde{A} 1/4 berdeckt. Im hiesigen Verfahren begehrt die Kl \tilde{A} xgerin eine Hautstraffung an Brust, Bauch und Oberschenkel. Davon zu trennen ist die im zweiten Verfahren begehrte Fettabsaugung (Liposuktion = Aspirationslipektomie).

Â

Die Klage ist unbegründet. Der angefochtene Bescheid vom 15. April 2014 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 21. Juli 2014 ist rechtmäÃ∏ig und verletzt die Klägerin nicht in ihren Rechten.

Â

Dies hat das SG im angefochtenen Urteil bereits ausführlich dargestellt. Zur Vermeidung bloÃ∏er Wiederholungen hierauf nach <u>§ 153 Abs. 2</u> Sozialgerichtsgesetz (SGG) verwiesen.

Â

Als Anspruchsgrundlage für das Begehren der Klägerin kommt nur § 27 Abs. 1 Satz 2 Nr. 5 SGB V i. V. m. § 39 Abs. 1 SGB V in Betracht. Nach diesen Vorschriften besteht Anspruch auf Behandlung im Krankenhaus, wenn diese notwendig ist, um eine Krankheit zu erkennen, zu heilen, ihre Verschlimmerung zu verhüten oder Krankheitsbeschwerden zu lindern. Zu Recht steht zwischen den Beteiligten nicht im Streit, dass die von der Klägerin begehrte Hautstraffung bzw. Abdominalplastik der Art nach nur in einem Krankenhaus vorgenommen werden kann, weil für die Durchführung der Operation die besondere apparative Ausstattung eines Krankenhauses erforderlich ist.

Â

Der begehrte Eingriff ist jedoch nicht zur Behandlung einer Krankheit erforderlich.

Â

Als Krankheit ist ein regelwidriger KĶrper- oder Geisteszustand anzusehen, der einer Ĥrztlichen Behandlung bedarf. Der KĶrperzustand der KlĤgerin ist zwar regelwidrig, weil sie nach der stĤrkeren Gewichtsabnahme an Hautüberschüssen an Brüsten, Bauch und Oberschenkeln leidet. Indessen ergibt sich aus dieser Regelwidrigkeit noch nicht notwendig auch eine Behandlungsbedürftigkeit. Die Leistungspflicht der gesetzlichen Krankenversicherung reicht nicht so weit, dass alle Versicherten Anspruch auf die (Wieder-)Herstellung eines äuÃ∏eren Erscheinungsbildes hätten, das gängigen ästhetischen Vorstellungen entspricht.

Â

Nach der Rechtsprechung des BSG wird die Leistungspflicht der Krankenkassen bei der Korrektur anatomischer Besonderheiten dadurch begrenzt, dass entweder eine entstellende Wirkung vorliegen oder aber es zu einer BeeintrĤchtigung von KĶrperfunktionen gekommen sein muss (vgl. BSG, Urteil vom 19. Oktober 2004 â∏ B 1 KR 9/04 R â∏ juris Rn. 13). Eine entstellende Wirkung liegt nach der Rechtsprechung des BSG nur dann vor, wenn eine bestehende anatomische Besonderheit bei einem Versicherten so ausgeprĤgt ist, dass sie von jedermann auf der StraÄ∏e sofort bemerkt und als auffĤllig wahrgenommen wird, wenn ihm der Versicherte in Alltagskleidung begegnet (BSG a. a. O. Rn. 14). Diese Rechtsprechung hat das BSG zuletzt dahingehend weiterentwickelt, dass in eng begrenzten AusnahmefĤllen auch an üblicherweise von Kleidung bedeckten Körperstellen eine Entstellung möglich sein kann. Erforderlich ist, dass selbst die

Offenbarung im privaten Bereich die Teilhabe, etwa im Rahmen der Sexualität, nahezu ausschlieÃ□en würde. Die Auffälligkeit muss evident abstoÃ□end wirken, wobei es allein auf die objektiv zu erwartende Reaktion ankommt. Das BSG selbst ist davon ausgegangen, dass diese Erheblichkeitsschwelle in aller Regel bei Hautþberschüssen â□□ nach Gewichtsreduktion â□□ nicht erreicht wird (vgl. zu dieser Fortentwicklung der Rspr. BSG, Urteil vom 10. März 2022 â□□ B 1 KR 3/21 R â□□ Rn. 18).

Â

Fýr eine solche â von der regelhaften Nichterfüllung der Erheblichkeitsschwelle durch Hautüberschüsse abweichenden â Entstellung ist hier nichts ersichtlich, wie bereits das SG dargelegt hat. Nach dem Eindruck der Kammer im Verhandlungstermin vor dem SG hat die Klägerin einen durchaus anziehenden und jugendhaften Eindruck vermittelt. Etwas Gegenteiliges kann der Senat nach seinem eigenen Eindruck in der mündlichen Verhandlung vom 6. Juni 2024 ebenfalls nicht feststellen. Nach wie vor kann nicht davon ausgegangen werden, dass die unästhetischen Hautüberschüsse bzw. Fettschürzen bei der Klägerin so entstellend sind, dass von einem Krankheitswert auszugehen ist.

Â

Eine nur ausnahmsweise anzunehmende Entstellung im unbekleideten Zustand trägt die Klägerin selbst nicht vor und ist nach Betrachtung der vorliegenden Fotodokumentation zur Ã□berzeugung des Senats ausgeschlossen.

Â

Der Senat teilt auch aus eigener \tilde{A}_{\Box} berzeugung die Auffassung des SG, dass die Haut \tilde{A}_{\Box} bersch \tilde{A}_{\Box} sse bei der Kl \tilde{A}_{\Box} gerin nicht zu einer Beeintr \tilde{A}_{\Box} chtigung von K \tilde{A}_{\Box} Prerfunktionen f \tilde{A}_{\Box} hren, welche eine medizinische Indikation f \tilde{A}_{\Box} r den geplanten operativen Eingriff abgeben k \tilde{A}_{\Box} nnten.

Â

Dermatologische Erkrankungen sind mit den Mitteln dieser Fachrichtung zu behandeln. Sollte sich herausstellen, dass mit diesen Mitteln kein dauerhafter Erfolg erzielt werden kann, so wäre erst im Anschluss zu prýfen, ob als ultima ratio eine Hautstraffung notwendig ist, wenn also ständige Hautreizungen auftreten, die sich als dauerhaft therapieresistent erweisen (vgl. die Rechtsprechung zusammenfassend: Bayerisches LSG, Urteil vom 4. Dezember 2018 â \square L 20 KR 406/18 â \square Jiuris Rn. 63f.).

Â

Wie bereits das SG ausgef $\tilde{A}^{1}/_{4}$ hrt hat, berichten weder die behandelnden \tilde{A}_{\square}^{-} rzte noch die Gutachter, auch nicht Frau Dr. R, $\tilde{A}^{1}/_{4}$ ber gravierendere Zust \tilde{A}_{\square}^{-} nde der Haut als Hautr \tilde{A}_{\square}^{-} tungen durch Intertrigo, welche mit steter guter Pflege

behandelbar sind. Der Senat teilt dabei aus eigener Ã\u00f4berzeugung auch die Auffassung des SG, dass den Bewertungen der Gutachterin zur Indikation der begehrten Operation aus rechtlichen Gründen nicht zu folgen ist. Es handelt sich dabei nicht um eine medizinische, sondern um eine rechtliche Bewertung. In ihrer Zusammenfassung führt die Sachverständige aus, dass Leistungen zur drastischen Gewichtsreduktion, die von der gesetzlichen Krankenkasse gewährt würden, nur sinnvoll seien, wenn die daraus resultierenden Hautproblematiken auch im Sinne einer Krankheit behandelt würden. Es führe zu einem falschen Anreiz, wenn nicht sogar zu einem Nicht-Anreiz, wenn die funktionellen und dermatologischen Probleme nach einer Magenbypass-Operation zu einer deutlich verschlechterten Gesamtsituation få¼hrten. Vor diesem Hintergrund må¼sse der Fall der KlĤgerin gewertet werden. Sie sehe (deshalb) die angestrebten Operationen aus medizinischen Indikationen für gegeben an. Auch in ihrer ergĤnzenden Stellungnahme vom 8. Januar 2016 hat sie betont, dass die Gewichtsreduktion und die daraus resultierenden Hautirritationen zwei Teile eines Krankheitsgeschehens seien. Die überschüssige Haut nach Gewichtsabnahme nach einer bariatrischen Operation stellt jedoch få¼r sich genommen keinen krankhaften Befund oder regelwidrigen KA¶rperzustand dar und ist deshalb keine Krankheit als notwendige Voraussetzung eines Behandlungsanspruches nach § 27 SGB V (vgl. Bayerisches LSG, Urteil vom 13. August 2020Â â∏∏ L 4 KR 287/19Â â∏∏ juris Rn. 34 mit Bezugnahme auf Urteil vom 4. Dezember 2018 a. a. O.; Ulrich, KrV 2022, 225, 229).

Â

Das SG hat zuletzt auch $\tilde{A}\frac{1}{4}$ berzeugend ausgef $\tilde{A}\frac{1}{4}$ hrt, weshalb auch nicht aus urologischer bzw. orthop \tilde{A} xdischer Sicht eine Hautstraffungsoperation geboten ist.

Â

Die Kostenentscheidung folgt aus § 193 SGG und entspricht im Ergebnis dem Ausgang des Rechtsstreits in der Sache.

Â

GrÃ $\frac{1}{4}$ nde fÃ $\frac{1}{4}$ r die Zulassung der Revision nach $\frac{2}{1}$ 160 Abs. 2 Nr. 1 oder 2 SGG liegen nicht vor.

Erstellt am: 27.06.2024

Zuletzt verändert am: 23.12.2024